



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 15.07.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1

Einrichtung und Nutzung der Königin-Olga-Kaserne zu Schulzwecken; Raumbedarfdeckung für das Otto-Hahn-Gymnasium.

Vorl.Nr. 285/09

Beschluss:

Vorbehaltlich der Finanzierung ab dem Haushalt 2010 mietet die Stadt Ludwigsburg von der Wohnungsbau Ludwigsburg die Räume im EG und 3. OG der Kaiserstraße 30 (östlicher Teil Königin-Olga-Kaserne) und die Räume der Kaiserstraße 32 (westlicher Teil Königin-Olga-Kaserne) an und richtet diese Räume zu Schulzwecken her. Damit wird der Schulraumbedarf des Otto-Hahn-Gymnasiums gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Maschke** (Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH) gibt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 285/09 einen kurzen Überblick über den derzeitigen Stand der Bauplanung, die zu erwartenden Kosten für eine Herrichtung der Räume zu Schulzwecken und die vertraglichen und finanziellen Bedingungen für eine Anmietung durch die Stadt Ludwigsburg. Was den in der Vorlage geschilderten Zeitplan anbelange, so stehe dieser unter dem Vorbehalt, dass mit den Familien, mit denen bislang noch keine vertragliche Vereinbarung über die Mieterumsetzung habe geschlossen werden können, zeitnah eine Übereinkunft erzielt werden könne. Unabhängig hiervon könnten die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen für das Vollzeitsportinternat und die Freiflächen bereits angegangen werden.

Stadtrat **Kromer** freut sich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Dieser entspreche dem von der CDU-Fraktion schon seit langem geäußerten Wunsch, durch eine Umnutzung der Königin-Olga-Kaserne gleichzeitig auch den Raumbedarf des Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) abzudecken. Er wünsche der Maßnahme gutes Gelingen und hoffe insbesondere darauf, dass die noch ausstehenden Mieterumsetzungen abgeschlossen werden könnten, bevor das Internat seinen Betrieb aufnehme.

Stadtrat **Kirnbauer** hält fest, dass auch die Freie Wähler-Fraktion das Vorhaben unterstütze. Diese habe bereits die Aufnahme in den Haushaltsplan beantragt und freue sich nun, dass die Maßnahme zumindest im Nachtrag veranschlagt worden sei. Der Platznot des OHGs müsse dringend Abhilfe geschaffen werden.

Auch Stadtrat Dr. **Bohn** ist der Ansicht, dass das OHG bald „aus allen Nähten platze“. Er sei daher erfreut darüber, dass man nun den richtigen Weg einschlage. Was die Umsetzungen der derzeitigen Bewohner der Königin-Olga-Kaserne anbelange, so liege es ihm besonders am Herzen, dass für diese gleichwertiger Wohnraum gefunden werde.

Stadtrat **Gericke** erklärt, seine Fraktion habe den Handlungsbedarf am Bildungszentrum West sei vielen Jahren erkannt. Er wolle den Beschlussvorschlag daher gerne unterstützen. Wichtig sei ihm aber die Zusage der Verwaltung, dass die Mietzahlungen durch die Stadt gesichert seien und der Passus „vorbehaltlich der Finanzierung“ nur die Anschaffung der beweglichen Mittel betreffe. Er setzt sich ebenfalls dafür ein, den umzusetzenden Bewohnern auch wieder bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Weiter weist er darauf hin, dass der Zugang zu den einzelnen Stockwerken so gestaltet werden müsse, dass das Gebäude später auch für andere Zwecke genutzt werden könne.

Stadträtin **Kainz** stimmt ihrem Vorredner vollumfänglich zu. Die Wahl der Raumgrößen lege ja bereits nahe, dass später auch andere Nutzungen denkbar seien. Der Zugang müsse ebenfalls flexibel an künftige Anforderungen anzupassen sein. Auch sie schließt sich der Forderung nach einem adäquaten Wohnraum für die jetzigen Bewohner der Königin-Olga-Kaserne an.

Stadtrat **Heer** betont, auch die FDP-Stadträte trügen das Konzept mit. Er gibt einen knappen Rückblick auf die Geschichte der Königin-Olga-Kaserne und äußert sich erfreut darüber, dass die Raumnot des OHGs bald ein Ende haben werde.

EBM **Seigfried** verweist darauf, dass zur Finanzierung des heutigen Beschlusses Mittel aus dem Konjunkturpaket II und dem PPP-Modell Multifunktionshalle zum Einsatz kämen. Weiter nimmt er Stellung zu Fragen des Gremiums. Er geht auf die auf Grund der großen Nachfrage angespannte Raumsituation des Teilzeitinternates ein und weist auf künftige Synergieeffekte mit dem Vollzeitinternat hin. Abschließend erklärt er, dass der Wunsch nach einer variablen Nutzung des Gebäudes durchaus verständlich sei. Allerdings bestehe beim Bildungszentrum West ein derart großer Bedarf, dass das Gebäude sowohl mittel- als auch langfristig wohl ausschließlich schulisch genutzt werde.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) bestätigt auf Nachfragen aus dem Gremium, dass mit der Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 285/09 auch die notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt bereit gestellt würden.

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Spec** zunächst den Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH über die Vorlage der Wohnungsbau, Nr. 11/2009, abstimmen.

Der Aufsichtsrat stimmt dieser Vorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (privat verhindert)
Dr. Heinz-Werner Schulte (unentschuldigt)

Abschließend lässt OBM **Spec** die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales über die Vorl. Nr. 285/09 abstimmen.

Beschluss:

Aufgrund der §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung wird folgende Nachtragshaushaltssatzung 2009 erlassen:

§ 1**Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wird durch den Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Es erhöhen bzw. vermindern sich

- | | |
|---|---|
| (1) die Einnahmen und Ausgaben
des Verwaltungshaushalts
des Vermögenshaushalts | je um -) 2.953.850 EUR auf 278.915.600 EUR
je um +) 4.208.850 EUR auf 53.394.900 EUR |
| (2) der Gesamtbetrag der vorgesehenen
Kreditaufnahmen für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen
(Kreditermächtigung) | unverändert 0 EUR |
| (3) der Gesamtbetrag der
Verpflichtungsermächtigungen | um -) 80.000 EUR auf 16.895.000 EUR |

§ 2**Kassenkredite**

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 18.12.2008 bleibt unverändert.

§ 3**Gemeindesteuern**

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 18.12.2008 bleibt unverändert.

§ 4 - entfällt**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 11 Nein 2 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt den 2. Nachtrag 2009 vor. Mit Stand zum 30.06.2009 seien hier bereits die Ergebnisse der Maisteuerschätzung eingearbeitet und die Ansätze entsprechend der zwischenzeitlichen Entwicklungen aktualisiert worden. Sodann geht er auf verschiedene Kürzungen, Wenigereinnahmen und Umwandlungen von Sperrungen aus der Vorlage Nr. 293/09 ein. Er weist darauf hin, dass insbesondere im Bereich der Zuschüsse die bisher gesperrten 5% in allen Fällen konsequent gestrichen worden seien. Auch wenn sich die Verwaltung der Probleme, die sich für den einzelnen Zuschussempfänger ergeben könnten, durchaus bewusst sei, sei ein anderes Vorgehen oder eine Entscheidung im Einzelfall kaum vermittelbar oder begründbar. Zusammenfassend stellt er fest, die Zuführung zum Vermögenshaushalt habe sich auf rund 12,1 Mio. € verschlechtert. Um den Vermögenshaushalt ausgleichen zu können, werde eine zusätzliche Entnahme von 8,2 Mio. € aus der freien Rücklage notwendig. In dieser verblieben somit noch 2,7 Mio. €. Abschließend hält er fest, im Jahr 2009 sei man vergleichsweise noch „mit einem blauen Auge davongekommen“, er erwarte für 2010 aber weitere Steuerausfälle.

Stadtrat **Kirnbauer** macht darauf aufmerksam, dass das Gremium heute über Ausgaben von rund 12 Mio. € entscheiden würde, wenn es allen Beschlussvorschlägen folge. Er gehe davon aus, dass in den kommenden Jahren auf Grund der Haushaltslage wohl die eine oder andere Investition verschoben werden müsse.

Die Stadträte Dr. **Bohn** und **Klett-Heuchert** machen klar, dass eine Kürzung um 5% einige Institutionen im sozialen Bereich besonders schmerzen werde. Es wäre aber auch nicht zu begründen, wenn man die eine oder andere Einrichtung hiervon ausnehmen würde. Sie bitten die Verwaltung darum, rechtzeitig darauf hinzuweisen, wenn das Fortbestehen eines Angebots durch die Kürzung gefährdet sei.

EBM **Seigfried** berichtet, dass mit den Organisationen, die nicht durch Verträge vor einer 5%-Kürzung geschützt seien und voraussichtlich Schwierigkeiten bei der Leistungserbringung haben könnten, das Gespräch gesucht worden sei. Es werde zur Deckung der Finanzierungslücke nach Alternativen, wie beispielsweise die Akquise von Mitteln Dritter, gesucht.

Stadträtin **Kainz** beanstandet, dass der im Juni gestellte Antrag der LUBU-Stadträtinnen auf Finanzierung des Fröbel-Kinderhauses und auf Aufstockung der Personalstellen in den Kinderfördereinrichtungen in Obweil und der Oststadt bei der Aufstellung des Nachtrags nicht berücksichtigt worden sei.

Stadtrat **Heer** sieht die von den FDP-Stadträten bereits bei der Aufstellung des Haushalts 2009 geäußerten Bedenken durch den nun vorgelegten Nachtrag bestätigt. Fraglich sei, ob Großprojekte bei der derzeitigen Wirtschaftslage noch erforderlich und finanzierbar seien. In Neuverschuldungen und Steuererhöhungen sehe er in jedem Fall kein probates Mittel und er stehe auch der Entnahme aus der freien Rücklage äußerst kritisch gegenüber. Er könne dem Nachtrag daher nicht zustimmen und werde sich enthalten.

Sodann beantwortet Herr **Kiedaisch** Detailfragen des Gremiums zu verschiedenen Positionen des Nachtragshaushalts.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 292/09 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zu Beratung und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3

Anpassung und Neufestsetzung der Elternbeiträge in den städtischen Kindergärten auf 01.09.2009 für das Kindergartenjahr 2009/2010 und auf 01.09.2010 für das Kindergartenjahr 2010/2011 (Vorberatung)

Vorl.Nr. 326/09

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales empfiehlt dem Gemeinderat:

- 1.) die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren wie folgt festzusetzen:

Mit Wirkung vom 01.09.2009 für das Kindergartenjahr 2009/2010

	RG	VÖ6	VÖ7	GT8	GT9/10
1 Kind	128	151	187	216	244
2 Kinder	98	114	142	165	187
3 Kinder	65	77	95	110	124
4 Kinder und mehr	22	26	32	37	42

(VÖ7, GT8, GT9/10 zuzüglich 50 € Essensgeld)

Mit Wirkung vom 01.09.2010 für das Kindergartenjahr 2010/2011

	RG	VÖ6	VÖ7	GT8	GT9/10
1 Kind	147	172	213	247	279
2 Kinder	112	131	163	188	213
3 Kinder	75	88	108	125	141
4 Kinder und mehr	25	29	36	43	48

(VÖ7, GT8, GT9/10 zuzüglich 50 € Essensgeld)

- 2.) bei der Festsetzung der Elternbeiträge, die Sozialstaffelung zur Anwendung zu bringen, bei der alle Kinder in der Familie bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres berücksichtigt werden.
- 3.) in Abänderung des Empfehlungsbeschlusses an den Gemeinderat vom 24.06.2009, die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen für Kinder im Alter 3-6 Jahren und für Kinder ab 6 Jahren wie nachfolgend dargestellt festzusetzen:

(neu vorgeschlagene Beträge im Vergleich zum Empfehlungsbeschluss des BSS vom 24.06.2009 sind fett gedruckt)

Elternbeiträge für Kinder im Alter 3-6 Jahre:

Mit Wirkung vom 01.09.2009 für das Kindergartenjahr 2009/2010

	RG	VÖ6	VÖ7	GT8	GT9/10
1 Kind	92	108	132	169	191
2 Kinder	70	82	101	129	145
3 Kinder	47	55	68	86	98
4 Kinder und mehr	16	19	23	30	33

(VÖ7, GT8, GT9/10 zuzüglich 50 € Essensgeld)

Mit Wirkung vom 01.09.2010 für das Kindergartenjahr 2010/2011

	RG	VÖ6	VÖ7	GT8	GT9/10
1 Kind	95	111	137	175	197
2 Kinder	72	84	104	132	150
3 Kinder	48	56	69	88	100
4 Kinder und mehr	16	19	23	30	33

(VÖ7, GT8, GT9/10 zuzüglich 50 € Essensgeld)

Elternbeiträge für Kinder ab 6 Jahren:

	Kigajahr 2009/2010	Kigajahr 2010/2011
1 Kind	191	197
2 Kinder	145	150
3 Kinder	98	100
4 Kinder und mehr	33	33

(zuzüglich 50 € Essensgeld)

- 4.) die in der Anlage 2 beigefügte Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erinnert einleitend daran, aus welchen Quellen sich der Aufwand für Kindertageseinrichtungen finanziere und dass die Gemeinden zu über 60% hieran beteiligt seien. Auf Grund von Kostenänderungen, insbesondere von tariflichen Erhöhungen bei den Erzieherinnen und Erziehern, erfolge landesweit alle zwei Jahre eine Gebührenanpassung. Dies betreffe den einen Teil des heutigen Beschlussvorschlages. Zum anderen gehe es darum, im U3-Bereich den Elternbeitrag dem tatsächlich höheren Betreuungsaufwand und den höheren Betriebskosten im Vergleich zur Betreuung von 3- bis 6-jährigen anzupassen, da die U3-Plätze derzeit durch die Stadt deutlich übersubventioniert seien. Auch nach der vorgeschlagenen Erhöhung der Elternbeiträge werde die Stadt Ludwigsburg sich im Vergleich zu Städten ähnlicher Größe noch immer an der unteren Grenze bewegen. Was die in der Vorl. Nr. 326/09 dargestellte Sozialstaffelung anbelange, so erhoffe sich die Verwaltung neben einer Vereinheitlichung der beiden derzeit in Ludwigsburg angewandten Modelle auch eine Entlastung für einzelne Familien. Gleiches gelte für die Umstellung von 12 auf 11 Monatsbeiträge. Abschließend weist er darauf hin, dass die freien Träger ihren Wunsch nach einer Aufstockung des Essensgeldes auf 60 € erneuert hätten.

Stadträtin **Kopf** erklärt, sie stehe weiterhin hinter der Forderung nach einem Ausbau der Betreuungsplätze, besonders im U3-Bereich. Allerdings müssten auch alle Beteiligten anerkennen, dass eine qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung auch Geld koste. An den gestiegenen Kosten müssten sich auch die Eltern beteiligen, vor allem, da man sich mit der Erhöhung lediglich an die Beitragssätze vergleichbarer Kommunen anpasse. In der Beschlussvorlage gefielen ihr insbesondere die Sozialstaffelung und die Festlegung der Elternbeiträge auf zwei Jahre. Das Essensgeld von 50 € wolle sie beibehalten. Sie könne der Vorl. Nr. 326/09 zustimmen. Abschließend bittet sie darum, das Thema Platzsharing weiter zu verfolgen.

EBM **Seigfried** sagt dies zu und begrüßt das Platzsharing insbesondere für den U3-Bereich. Die Stadt werde das Gespräch mit den Trägern suchen. Ergäbe sich die Möglichkeit zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung, werde er das Gremium hiervon in Kenntnis setzen.

Stadtrat **Kirnbauer** verweist auf die Beratungen zur Vorl. Nr. 237/09. Nunmehr habe die Verwaltung die Anregungen des Gremiums eingearbeitet und er könne die Beschlussempfehlung so mittragen. Nicht nur die Eltern müssten einen erhöhten Beitrag leisten, auch die Stadt werde in Zukunft weiter in den Ausbau von Betreuung investieren, so dass sich die Verteilung der Lasten ausgleiche.

Stadtrat Dr. **Bohn** anerkennt, dass die Stadt sich beim Ausbau von Quantität und Qualität in der Kinderbetreuung bereits außerordentlich engagiert habe. Sie könne diese große Aufgabe, die auch künftig fortgeführt werden müsse, jedoch nicht alleine schultern. In der letzten Beratung habe seine Fraktion einer Erhöhung der Elternbeiträge nicht zustimmen können, da die Berücksichtigung familiärer Komponenten nicht klar gewesen sei. Die neue Vorlage bringe nun jedoch einen strukturellen Quantensprung. Die Gebühren der Einrichtungen würden vergleichbar, man einigte sich auf einen einheitlichen Zahlungsmodus und Kinder bis 18 Jahren würden in der Sozialstaffelung berücksichtigt. Dies alles finde seine Zustimmung, auch wenn er weiterhin an der Vision eines letzten Kindergartenjahres als kostenfreies Vorschuljahr festhalte.

Stadtrat **Heer** kann sich weitestgehend den Stellungnahmen seiner Vorredner anschließen. Die Erhöhung der Elternbeiträge sei aus seiner Sicht angemessen. Angesichts der großen Summen, die die Stadt derzeit und in Zukunft zusätzlich in Bildung und Betreuung investiere, sei die Einforderung einer Beteiligung von Elternseite gerechtfertigt.

Die Vorlage vermag Stadträtin **Klett-Heuchert** nicht zu überzeugen. Eine knappe Haushaltslage könne nicht alleine durch Gebührenerhöhungen kompensiert werden. Stattdessen sei eine Grundsatzdiskussion über den längst fälligen Paradigmenwechsel von kostenpflichtiger Betreuung

hin zu kostenfreier Bildung angezeigt. Sie regt an, als Vertreter der Elternbeiräte Herrn Schäfer vom katholischen Kindergarten-Gesamtelternbeirat das Wort zu erteilen. Weiter beantragt sie, die Beschlussfassung heute zurückzustellen und an den neuen Gemeinderat zu verweisen.

Herr **Schäfer** nimmt für die Elternvertreter Stellung. Die gestiegenen Kosten seien nachvollziehbar und die Eltern seien auch grundsätzlich bereit, sich hieran zu beteiligen. Die Elternbeiträge müssten jedoch auch bezahlbar bleiben. Er appelliere an die Gremienmitglieder, die Höhe der Beiträge vorerst einzufrieren oder zumindest die Erhöhung lediglich für ein Jahr festzuschreiben. Ob eine weitere Erhöhung im zweiten Jahr erforderlich sei, könne dann nochmals überprüft werden. Als Fernziel sehe auch er die beitragsfreie Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen.

Sodann stellt EBM **Seigfried** den Vertagungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Dieser wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss lässt er nach Ziffern getrennt über den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 326/09 abstimmen.

TOP 4 Grundschulareal an der Schulgasse

Beratungsverlauf:

Zu Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 4.2.

TOP 4.1 Sanierung Uhland-/Anton-Bruckner-Schule Vorl.Nr. 270/09 (Vorberatung)

Beratungsverlauf:

Die Ziffer 4.1 der Tagesordnung, Vorl. Nr. 270/09, wird von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 4.2 Lern- und Spielclub Wilhelmstraße 35 Vorl.Nr. 283/09 (Vorberatung)

Abweichender Beschluss:

1. zurückgezogen

2. Grundsatzbeschluss über Sanierung Wilhelmstraße 35

Der Sanierung des Gebäudes Wilhelmstraße 35 mit Gesamtkosten in Höhe von 604.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt. Die Maßnahme in Höhe von 604.000,-- EUR wird im Haushalt 2009 und 2010 finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erklärt, die Verwaltung ziehe die Vorl. Nr. 270/09 zurück, da es in einigen wenigen Details des Schulentwicklungsplanes noch Diskussionsbedarf gebe. Die Vorl. Nr. 283/09 solle hingegen beraten werden, da beim LSC dringender Sanierungsbedarf bestehe. Dieser trage derzeit die Hauptlast an der Ganztagesbetreuung und leiste hervorragende Arbeit. Die Verwaltung ziehe daher auch die Ziffer 1 der Vorl. Nr. 283/09 zurück. Abschließend weist er darauf hin, dass eine Entscheidung über die Ziffer 2 keine Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Grundschulareal verbaue.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt die geplanten energetischen Baumaßnahmen und die Brandschutzmaßnahmen an Hand von Bildern dar. Weiter geht sie ein auf den Einbau eines Speiseaufzugs für die Essensausgabe, die Neukonzeption der WC-Anlagen und die Sanierung der Haustechnik.

Stadtrat **Kromer** begrüßt die Absetzung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages. Auch bei der Sanierung der Wilhelmstraße 35 seien aus seiner Sicht noch nicht alle Punkte geklärt. Der Vorl. Nr. 283/09 zu Folge sei noch offen, ob die beiden Schulen in offener oder gebundener Form weitergeführt würden. Auch würden unterschiedliche Formen der Essensausgabe bevorzugt. Er könne der Vorlage daher nur unter der Prämisse zustimmen, dass der Grundsatzbeschluss und der Raumplan je nach den Erfordernissen des pädagogischen Konzeptes noch angepasst werden könnten.

Stadtrat **Kirnbauer** sieht auch noch grundsätzliche Fragen offen, verweist aber darauf, dass man aus dem Konjunkturprogramm II Mittel für die Wilhelmstraße 35 beantragt habe und diese daher auch in Angriff nehmen müsse. Über die spätere tatsächliche Nutzung der Räumlichkeiten müsse dann unter Abstimmung mit allen Beteiligten entschieden werden.

Auch Stadträtin **Fuchs** bestätigt, dass unabhängig vom grundsätzlichen Abstimmungsbedarf zum Grundschulareal die Sanierung des LSC dringend erforderlich sei. Dieser diene auch als Dreh- und Angelpunkt für die anstehenden Rochaden und müsse daher zeitnah angegangen werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** schließt sich der Meinung von Stadtrat Kromer an. Dass die Maßnahme angegangen werden müsse, stehe außer Frage. Heute schon festzuschreiben, dass dort zwingend die Essensausgabe stattfinden müsse, sei allerdings nicht erforderlich. Auch sie wolle nur unter der Prämisse einer flexiblen Gestaltung zustimmen.

Die Stadträte **Heer** und **Kainz** wollen der Vorlage zustimmen. Sie hoffen, dadurch ein positives Zeichen für die weitere Entwicklung des Schulcampus zu setzen und appellieren nochmals an die Verwaltung, alle Beteiligten in die anstehenden Entscheidungen einzubeziehen.

Sodann lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 283/09 abstimmen.

TOP 5

Kinder- und Familienzentrum im
Mehrgenerationenhaus Grünbühl-Sonnenberg
- Grundsatzbeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 257/09

Beschluss:

1. Grundsatzbeschluss über Neubau Kinder- und Familienzentrum:
Dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums in der Weichselstraße wird zugestimmt. Grundlage bildet die Planung des im Verfahren der Mehrfachbeauftragung ausgewählten Architekturbüros Michael Schelle, Ludwigsburg.
2. Vergabe von Planungsleistungen (Architektur):
Der Vergabe der Leistungsphasen 1 – 8 und 9 (Dokumentation) an das Architekturbüro Michael Schelle, Rosenstraße 5, 71640 Ludwigsburg, auf der Grundlage des Angebotes vom 02.07.2009 mit einem Gesamthonorar in Höhe von 205.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. und einschließlich Nebenkosten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) weist auf die aktualisierte Anlage zu Vorl. Nr. 257/09 hin und lässt diese an das Gremium verteilen (siehe Anlage 1 zum Protokoll).

Stadträtin **Kopf** lobt die gute Entwicklung und erkundigt sich nach Details der Finanzierung des Projektes.

Stadtrat Dr. **Mitrovics** erklärt, er unterstütze das Projekt an sich, sei sich aber nicht sicher,

inwieweit der Haushalt die erheblichen Kosten, die mit dem heutigen Beschluss verbunden seien, noch tragen könne. Er beantrage daher, das Thema im Rahmen der Haushaltsberatung 2010 erneut zu diskutieren und heute die Beschlussfassung zu vertagen.

Stadträtin **Fuchs** hält dem entgegen, man dürfe die derzeit gut laufende Entwicklung in Grünbühl-Sonnenberg nicht ins Stocken bringen. Man habe sich für ein virtuelles Mehrgenerationenhaus beworben und auch den Zuschlag hierfür erhalten. Somit sei die Finanzierung gesichert.

Die Stadträtinnen **Klett-Heuchert** und **Kainz** stimmen ihrer Vorrednerin zu und sprechen sich dafür aus, heute einen Empfehlungsbeschluss zu fassen. Sie ergänzen, dass man auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Bevölkerung gegenüber keinen Rückzieher mehr machen dürfe.

Auch Stadtrat **Heer** ist der Meinung, dass das Mehrgenerationenhaus kommen müsse.

EBM **Seigfried** wirbt dafür, die Vorl. Nr. 257/09 heute zu beschließen. Zum einen brauche man dringend ein verbindendes Element zwischen Grünbühl und Sonnenberg, zum anderen einen Standort für die U3-Betreuung. Die Finanzierung könne zum einen aus den Städtebaufördermitteln der Sozialen Stadt, zum anderen aus Mitteln für den Krippenausbau erfolgen. Außerdem handle es sich heute lediglich um einen Grundsatzbeschluss. Falls sich in der weiteren Planung Probleme bei der Finanzierung zeigten, könne der Gemeinderat das Projekt immer noch stoppen. Sodann lasse er über den Vertagungsantrag der FW-Fraktion abstimmen.

Dieser wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 257/09 zur Abstimmung.

TOP 6

**Sanierung und Erweiterung Kindergarten
Egerländer Straße 12
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 273/09

Beschluss:

1. Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger

Der Erweiterung von zwei Krippengruppen zur Betreuung unter Dreijähriger im Kindergarten Egerländer Straße 12 wird zugestimmt.

2. Grundsatzbeschluss Sanierung und Erweiterung Kindergarten Egerländer Straße 12

Der Sanierung und Erweiterung des evangelischen Kindergartens Egerländer Straße 12 mit Gesamtkosten in Höhe von 547.000 EUR inkl. 19% MwSt. wird zugestimmt. Die Kosten werden im Haushalt 2009 und 2010 finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kirnbauer (privat verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr Dr. **Zoll** (FB Bildung, Familie, Sport) macht auf die anstehende Schadstoffsanierung des Gebäudes aufmerksam, die auch die beiden Wohnungen im Gebäude betreffe. Da letztere hierfür ohnehin geräumt werden müssten, biete es sich an, diese künftig für zwei Krippengruppen zu nutzen. Im Gegenzug würden die an der Charlottenkrippe geplanten Gruppen, wie in Vorl. Nr. 273/09 dargestellt, zurückgestellt.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die vorgeschlagenen Sanierungs- und Baumaßnahmen an Hand von Plänen.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen könne man zum einen die überfällige Sanierung des letzten PCB-belasteten Kindergartens abschließen und die Einrichtung zum anderen für die Zukunft dauerhaft stärken.

Das Gremium trägt das vorgeschlagene Vorgehen einmütig mit.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 273/09 abstimmen.

TOP 7

Praktische Umsetzung des Ludwigsburger Modells "Sprache bilden und fördern" unter Einbeziehung der aktuellen Finanzlage

Vorl.Nr. 281/09

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl. Nr. 281/09 und erinnert an den Wunsch des Gremiums, im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über den aktuellen Stand der Umsetzung des Modells „Sprache bilden und fördern“ zu berichten. Weiter weist er darauf hin, dass sich die Mehrzuweisungen des Landes, mit denen durch die neue Einschulungsuntersuchung und die damit verbundenen Sprachfördermaßnahmen für das Jahr 2010 gerechnet worden sei, nicht realisiert hätten. Daraus ergebe sich in der Finanzplanung ein noch nicht finanzierter Differenzbetrag von rund 142 000 €. Allerdings bestehe eventuell die Möglichkeit, diese Differenz durch HSL-Mittel des Landes in Höhe von 40 000 € sowie durch Personalkosteneinsparung in Höhe von bis zu 50 000 € auszugleichen. Mit letzteren werde auf Grund des Streiks der Erzieherinnen gerechnet. Zudem erwarte er im laufenden Jahr Wenigerabflüsse in Höhe von rund 70 000 €, die dann ins kommende Jahr übertragen werden könnten. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde er detaillierter hierüber berichten.

Frau **Klein** und Frau **Unger** berichten über die Erfahrungen mit der Umsetzung des Ludwigsburger Sprachfördermodells in ihren jeweiligen Einrichtungen. Beide sehen insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund noch große Sprachschwierigkeiten und plädieren unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit für eine Fortsetzung der Arbeit.

Das Gremium anerkennt einmütig die Bedeutung der Sprachförderung für die betroffenen Kinder, deren Familien und die Gesellschaft. Es spricht sich geschlossen dafür aus, den eingeschlagenen Weg nach Möglichkeit weiter zu verfolgen und hofft auf kreative Vorschläge der Verwaltung, um die Deckungslücke im kommenden Jahr zu schließen.

TOP 8

**Mittagessenversorgung für sozial schwächere
Kinder und Jugendliche in Ludwigsburger
Kindertageseinrichtungen und Schulen
- mündl. Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet von den Erfahrungen, die man im ersten Vierteljahr seit der Einführung des subventionierten Mittagessens für sozial schwächere Kinder und Jugendliche habe sammeln können. Allen Ludwigsburger Schulen und Kindertageseinrichtungen sei die Möglichkeit des 1 €-Mittagessens bekannt, 21 Schulen und 11 städtische Kindergärten nähmen zwischenzeitlich daran teil. Von den kirchlichen Einrichtungen lägen derzeit noch keine Zahlen vor. Zum Stichtag seien 3618 Essen über die entsprechenden Budgets abgewickelt worden und es sei klar ablesbar, dass das Angebot effektiv zu einer höheren Essensabnahme geführt habe. Mitnahmeeffekte seien auf Grund der direkten Verankerung der Verantwortung vor Ort nicht aufgetreten. Insgesamt sei der Start in die Mittagessenversorgung von allen Beteiligten als positiv bewertet worden.

Sodann beantwortet er Fragen des Gremiums zu den Kriterien für eine Bewilligung des 1 €-Essens, zur Qualität des Essens sowie zum erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Abrechnung.

EBM **Seigfried** kündigt an, weitere Erfahrungen sammeln zu wollen und im Herbst 2009 mit einem Bericht hierüber sowie einem Handlungsvorschlag für die Jahre 2010ff wieder ins Gremium zu kommen.

TOP 9

**Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung,
Zukunft" für Instrumentalunterricht an der
Grundschule Hoheneck und der Justinus-
Kerner-Schule**

Vorl.Nr. 312/09

Beschluss:

1. Für den Instrumentalunterricht an der Grundschule Hoheneck für die Klassenstufe 3 und 4 werden Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ in Höhe von jährlich 2.000 € für die Schuljahre 2009/2010 bis 2011/2012 bewilligt. Die Gesamtsumme beträgt 6.000 €
2. Die in der Vorlage 220/06 bewilligten und noch nicht abgerufenen Mittel aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ für das Rhythmikangebot und die Bandklasse an der Justinus-Kerner-Schule in Höhe von 11.877,10 € werden zur Verwendung für das Rhythmikangebot und die Bandklasse in den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kirnbauer (privat verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 312/09 abstimmen.

TOP 10

Sichere Schulwege im Rahmen der
Neugestaltung der Ludwigsburger
Bildungslandschaft

Vorl.Nr. 298/09

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Das Gremium lobt einmütig die Vorl. Nr. 298/09, insbesondere die Einbeziehung des Themas Radwege.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 127/09, ist hiermit erledigt.

TOP 10.1

Sichere Schulwege im Rahmen der
Neugestaltung der Ludwigsburger
Bildungslandschaft
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2009

Vorl.Nr. 127/09

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 10.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 127/09, ist hiermit erledigt.

Beschluss:

Der Tennisclub (TC) Ludwigsburg erhält für den Umbau und die Sanierung der Jugendumkleiden, bei anrechenbaren Kosten in Höhe von 28.000 Euro (gerundet), einen Zuschuss gemäß den städtischen Sportförderrichtlinien in Höhe von höchstens 13.600 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kirnbauer (privat verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 278/09 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) berichtet, insbesondere die Verlängerung der Veranstaltungstage habe bei den Anwohnern zu Unmut geführt. Lärmmessungen und stichprobenweise Überprüfungen des Veranstaltungsendes durch die Polizei hätten hingegen keinen Grund zu Beanstandungen ergeben. Die Verwaltung schlage vor, die Dauer der Veranstaltung auf weniger Tage zurückzuführen. Zusätzlich habe sich der Veranstalter bereiterklärt, durch eine neue Tontechnik und eine entsprechende Musikauswahl zum Schallschutz beizutragen. Was den Kinderspielplatz anbelange, so bedürfe dieser einer Generalsanierung. Wenn die Haushaltslage dies zulasse, solle diese im Jahr 2011 angegangen werden. Danach müsse neu entschieden werden, ob das Fest hier noch stattfinden könne.

Die Stadträte **Meyer** und Dr. **Bohn** sprechen sich unter Verweis auf die dringend benötigte Spielfläche, die übliche Dauer von Vereins- oder Stadtteilsten und die Konkurrenz zur normalen

Gastronomie dafür aus, das Fest auf maximal 10 Tage zu begrenzen. Nach einem Jahr solle nochmals über die Erfahrungen berichtet werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** schlägt als Alternativstandort einen der Parkplätze in Ludwigsburg vor. Besser solle man einen solchen sperren, als einen Spielplatz.

Stadträtin **Kainz** regt ergänzend an, den Verein Untere Stadt enger mit einzubeziehen.

Stadtrat **Heer** betont die Belastung der Anwohner und spricht sich ebenfalls für eine Verkürzung der Dauer des Festes aus. Auch eine Verlegung auf die Bärenwiese sei vorstellbar. Er stellt für die FDP-Stadträte weiter den Antrag, das Musikende des Vinzo-Festes auf 22 Uhr festzulegen.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

EBM **Seigfried** kündigt an, die weiteren Anregungen des Gremiums aufgreifen zu wollen. Im kommenden Jahr werde das Fest maximal für die Dauer von 10 Tagen genehmigt – voraussichtlich beginnend an einem Freitag und endend am darauffolgenden Sonntag. Die Musik werde weiterhin um 23 Uhr beendet. Gleichzeitig wolle man mit dem Veranstalter Gespräche hinsichtlich Tontechnik und Musikauswahl führen, um die Beeinträchtigungen zu verringern. Im kommenden Jahr solle auch der Bürgerverein Untere Stadt enger einbezogen werden. Nach dem Testjahr 2010 könne dann bei Bedarf nochmals nachjustiert werden.

TOP 12.1	Berichts Antrag Vinzo - Antrag der Stadträte Dr. V. Heer und J. Heer (FDP) vom 18.06.2009	Vorl.Nr. 287/09
----------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 12.3 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 12.

Der Antrag der FDP-Stadträte, Vorl. Nr. 287/09, ist hiermit erledigt.

TOP 12.2	Vinzo-Fest in der Unteren Stadt - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2009	Vorl.Nr. 296/09
----------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 12.3 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 12.

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 296/09, ist hiermit erledigt.

TOP 12.3

**Vinzo-Fest, Untere Stadt
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2009**

Vorl.Nr. 297/09

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 12.3 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 12.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 297/09, ist hiermit erledigt.

TOP 13

Annahme von Einzelzuwendungen

Vorl.Nr. 272/09

Beschluss:

Die vier Spenden der Gleason-Pfauter Maschinenfabrik GmbH, der Stiftung Kunst, Kultur und Bildung der Kreissparkasse Ludwigsburg, der Volksbank Ludwigsburg und der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (siehe Anlage zur Vorl. Nr. 272/09) werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kirnbauer (privat verhindert)

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 272/09 abstimmen.